

Sozialdemokratischer PresseDienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 406
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 88 846-48 pbbn d

Inhalt

Bundesminister Herbert Ehrenberg sieht in der Wiederherstellung der Vollbeschäftigung die Aufgabe Nr. 1 für 1978.

Seite 1-3

Bundesbauminister Karl Ravens übt scharfe Kritik an der Ablehnung des Energiesparkonzepts durch Baden-Württemberg.

Seite 4/5

Europäisches Jugendwerk vor seiner Gründung.

Seite 6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
PresseDienst GmbH
Kölner Straße 108-112,
5300 Bonn-Bad Godesberg
Telefon: (0 22 21) 37 88 11

33. Jahrgang / 9 / 12. Januar 1978

Aufgabe Nr. 1: Wiederherstellung der Vollbeschäftigung

Einnahmen und Ausgaben der Rentenversicherung bleiben im Gleichgewicht

Von Dr. Herbert Ehrenberg MdB
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung

Das Jahr 1977 brachte für den Bundesarbeitsminister drei große Aufgaben: die Konsolidierung der Rentenversicherung, die Kostendämpfung in der Krankenversicherung und den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Zu Beginn des Jahres 1978 kann Bilanz gezogen werden:

- Die Finanzen der Rentenversicherung sind entscheidend gefestigt worden, ohne daß es zu einer Belastung der Beitragszahler kam und ohne daß der Besitzstand der Rentner geschmälert wurde.
- Die Kostendämpfung in der Krankenversicherung zeigt bereits Wirkung, der befürchtete Anstieg der Beiträge auf breiter Front konnte abgewendet werden.
- Aufgabe Nr. 1 auch für 1978 bleibt die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung. Die koordinierten Anstrengungen der Wirtschafts- und Finanzpolitik werden dabei durch gezielte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ergänzt.

Am 25. Mai beschloß das Bundeskabinett auf Vorschlag des Bundesarbeitsministers zusätzliche Maßnahmen zur Erhaltung bestehender und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Unter anderem wurden zur Förderung ambulanter sozialer Dienste, die sich besonders für arbeitslose Frauen eignen, 270 Millionen

Mark bereitgestellt. Um die Vermittlungstätigkeit der Arbeitsämter zu beschleunigen, wurden der Bundesanstalt für Arbeit 1 000 zusätzliche Plätze für Vermittler und 600 neue Stellen für Berufsberater bereit gestellt.

Am 1. Juli wurden die Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung und der Kriegsopferversorgung um 9,9 Prozent erhöht. Damit erreichte die Nettorente eines Durchschnittsverdieners nach 45 Versicherungsjahren 74,2 Prozent seines Nettoeinkommens, mithin das höchste Niveau seit der Rentenreform von 1957.

Zugleich wurde durch ein Bündel von Einzelmaßnahmen die finanzielle Grundlage der Rentenversicherung gefestigt. Die wichtigsten Maßnahmen waren: Die nächste Rentenerhöhung wurde für den 1. Januar 1979 angekündigt, die Bundesanstalt für Arbeit wurde verpflichtet, in Zukunft für ihre Leistungsempfänger volle Beiträge zur Rentenversicherung zu zahlen.

Auch am 1. Juli trat das Gesetz über die Kostendämpfung in der Krankenversicherung in Kraft. Es schützt die Krankenversicherung vor der drohenden finanziellen Überlastung, insbesondere weil in Zukunft die Arzthonorare und Arzneimittelkosten nicht schneller steigen als es der medizinische Fortschritt notwendig und die wirtschaftliche Entwicklung möglich machen. Auch wurde erstmals für einen gerechten finanziellen Ausgleich zwischen Krankenkassen gesorgt, die viele Rentner versorgen müssen, und solchen, denen die Krankenversicherung der Rentner bisher nicht so stark zur Last fiel.

Als flankierende Maßnahme zu den Bemühungen der gesamten Bundesregierung, die Wirtschaft zu beleben, wurde weiterhin auch das Arbeitsförderungsgesetz verbessert. Der Anreiz, eine Arbeit aufzunehmen, wurde dadurch verstärkt, daß nach einer vorübergehenden geringer bezahlten Beschäftigung wieder die alte höhere Berechnungsgrundlage für Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe gilt. Andererseits müssen Arbeitslose, die eine zumutbare Arbeit ablehnen, nun mit einer spürbaren Kürzung der Zahlungen vom Arbeitsamt rechnen.

Gleichzeitig rief der Bundesarbeitsminister alle jene, die Einfluß haben auf den Arbeitsmarkt, zu einer Vermittlungsoffensive auf. Er trat Verdächtigungen, daß es unter den Arbeitslosen eine große Zahl Arbeitsunwilliger gebe, mit der Bitte an die Unternehmer entgegen, erkennbare Drückeberger von Fall zu Fall offen an die Arbeitsverwaltung zu melden. Deren Bediensteten sagte er jede Unterstützung

zu bei ihrem Bestreben, die Vermittlungstätigkeit zu beschleunigen und zu verbessern.

Als Beispiel für eine ganze Menge anderer nützlicher Initiativen sei das Sicherheitszeichen "GS = geprüfte Sicherheit" genannt, das im Herbst vom Bundesarbeitsministerium den Verbraucherverbänden übergeben wurde. Mehr als 60 Prüfstellen vergeben das neue einheitliche Zeichen für technisch einwandfreie Maschinen, Haushaltsgeräte und Spielzeuge.

Im Laufe des Jahres 1977 schließlich nahmen auf Vorschlag des Bundesarbeitsministers drei Gremien ihre Arbeit auf, von denen die zukünftige Sozialgesetzgebung entscheidend beeinflusst werden wird. Die Transfer-Enquete-Kommission soll den Umfang und die Wirkung staatlicher Leistungen (zum Beispiel Renten) an private Haushalte untersuchen. Die Kommission für die soziale Sicherung der Frau und der Hinterbliebenen wird einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts folgend, Vorschläge für eine Neuordnung des Rentenrechts bis 1984 vorlegen. Die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen wird alljährlich Gesamtempfehlungen für einen angemessenen Anstieg der Arzthonorare und Ausgaben für Arzneimittel erarbeiten.

An die Aufgaben des Jahres 1977 und die schon gefundenen Lösungen schließen die Aufgaben des Jahres 1978 direkt an:

- Es wird mit ausgewogenen Maßnahmen dafür gesorgt werden, daß die Einnahmen und Ausgaben der Rentenversicherung auch in wirtschaftlich ungünstigen Zeiten im Gleichgewicht bleiben.
- Die bereits eingeleitete Kostendämpfung im Gesundheitswesen wird ergänzt werden durch eine Novelle zum Krankenhausfinanzierungsgesetz, das auch in diesem enorm kostenträchtigen Bereich für wirtschaftliches Handeln sorgen wird.
- Dem Arbeitsmarkt wird wiederum das Hauptaugenmerk zu gelten haben: Das mittelfristige Investitionsprogramm und die beschlossenen Steuersenkungen - von denen eine spürbare Belebung der Konjunktur ausgehen soll - werden wiederum von gezielten Maßnahmen begleitet werden, zum Beispiel einer neuen Arbeitszeitordnung, die unnötige Überstunden vermeiden helfen soll.

Der Bundesarbeitsminister hält nicht viel von tönenden Neujahresbotschaften. Er verspricht stattdessen, die vor uns liegenden Probleme genau so offen anzusprechen und energisch anzugehen wie die alten.

(-/ 12.1.1978/vo-he/ja)

Kleinkarierte Landespolitik macht Energiesparkonzepte zunichte

Baden-Württemberg blockiert die Sicherung von 390.000 Arbeitsplätzen

Von Karl Ravens MdB

Bundesminister für Raumordnung, Baugesetz und Städtebau

Der baden-württembergische Ministerpräsident Filbinger hat gestern mit seinem sachlich unbegründeten und durch nichts zu rechtfertigenden "Mein" alle Bemühungen der Bundesregierung und der großen Mehrzahl der Bundesländer um ein Programm zur Förderung heizenergiesparender Investitionen zunichte gemacht. Damit hat er nicht etwa der Bundesregierung eine Niederlage zugefügt sondern vielmehr den Interessen der Arbeitnehmer und der Wirtschaft in der Bundesrepublik insgesamt aufs Schwerste geschadet.

Die offenbar gemeinsam von den Ministerpräsidenten Albrecht und Filbinger entworfene Strategie unterläuft alle Bemühungen der Bundesregierung, den Arbeitsmarkt und die Konjunktur in der Bundesrepublik zu stabilisieren. Offenbar sollen Erfolge der Regierung auf diesem Sektor schon im Ansatz zunichte gemacht werden. Bau- und Ausbaugewerbe, mittelständische Wirtschaft, Architekten und Ingenieure müssen aus vordergründigen Motiven auf Milliarden verzichten. Die CDU, die sich gern als Garant der sozialen Marktwirtschaft aufspielt, hat mit ihrem unwürdigen Tauziehen um das Energiesparkonzept eine "Farce" aufgeführt.

Der Schritt der beiden CDU-Politiker wird nicht nur innenpolitisches Prozedere im Bund-Länder-Verhältnis zerschlagen, sondern gefährdet auch international die Glaubwürdigkeit der Bundesrepublik gegenüber den erdölfördernden Staaten. Nahezu alle großen Industrienationen der Welt haben die dringende Notwendigkeit, Erdöl und andere Energieträger einzusparen, erkannt und versuchen diesem Ziel mit marktwirtschaftlichen Mitteln, also Investitionsanreizen näher zu kommen. Die Bundesregierung wollte mit ihrem Programmvorschlag an die Länder ein gutes Beispiel für eine verantwortliche Haltung in der Energie- und Beschäftigungspolitik geben. Klein-

karierte Landespolitik hat diesen Weg verbaut. Der Schritt Baden-Württembergs macht es nun auch allen anderen Bundesländern unmöglich, die angebotenen Hilfen des Bundes anzunehmen.

Das Scheitern des Programms hat schwerwiegende Folgen für die gewerbliche Wirtschaft in der Bundesrepublik. Auf der Grundlage der Erfahrungen mit bisherigen Bauinvestitionsprogrammen und in Anlehnung an Berechnungen verschiedener wirtschaftswissenschaftlicher Institute für vergangene Programme lassen sich die volkswirtschaftlichen Auswirkungen gut ablesen. Bei dem ins Auge gefaßten Fördersatz von 25 Prozent und einer Laufzeit des Programms von fünf Jahren wäre ein Investitionsvolumen von 17,4 Milliarden DM gefordert worden. Die Summe aller zusätzlichen direkten und indirekten Nachfrage- und Produktionseffekte hätte etwa 46 Milliarden DM betragen. Um der durch das Programm bewirkten zusätzlichen Nachfrage und Produktion nachzukommen, wären in den beteiligten Wirtschaftszweigen über 390.000 Arbeitsplätze neu geschaffen bzw. gesichert worden.

Der baden-württembergische Ministerpräsident Filbinger hat mit seinem Entschluß, ein eigenes Programm mit einem Volumen von 50 Millionen DM für 1978 vorzulegen dafür gesorgt, daß den Hausbesitzern und Wohnungseigentümern in seinem Lande weniger als die Hälfte der ursprünglich vorgesehenen Mittel zur Verfügung steht. Statt 108 Millionen DM bei Unterschrift der Verwaltungsvereinbarung stehen nun nur 50 Millionen zur Verteilung an; der Landesetat wird überdies nicht weniger entlastet. Das läßt die Ablehnung völlig zur Groteske werden. Ebenso fragwürdig ist die Rolle, die der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht in diesem Spiel übernommen hat. Er muß sich von Filbinger soufflieren lassen. In seinem Textbuch schimmern schon die Parolen der vor uns liegenden Landtagswahlkämpfe durch. Von objektiver Argumentation ist nichts zu spüren. Die Bundesregierung wird zu überlegen haben, wie die von ihr anvisierten energiepolitischen Ziele zu realisieren sind.

Dabei müssen wir allerdings sicherstellen, daß nicht bei Bürgern und Wirtschaft erneut Hoffnungen geweckt werden, die dann wieder von einigen wenigen Landesregierungen aus vordergründigen Motiven enttäuscht werden.

(-/12.1.1977/ks/hgs)

* * *

Europäisches Jugendforum vor seiner Gründung

Nationale und internationale Jugendorganisationen erzielen Einigung

Die Vorbereitungen zur Gründung eines Europäischen Jugendforums im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften sind einen großen Schritt vorangekommen. Die nationalen und internationalen Jugendorganisationen, die dem vorläufigen Sekretariat des Europäischen Jugendforums angehören, haben sich auf einer Generalversammlung im Dezember in Brüssel grundsätzlich auf ein Statut für das Europäische Jugendforum geeinigt. Dieser Statutsentwurf soll der EG-Kommission Anfang 1978 offiziell vorgelegt werden. Außerdem wurde ein vorläufiger Vorstand des Jugendforums eingesetzt, der an die Stelle des bisherigen vorläufigen Sekretariats tritt. Der vorläufige Vorstand wurde mit folgenden Aufgaben betraut:

- Die konkreten Arbeiten des Europäischen Forums in den ständigen Ausschüssen 1978 aufzunehmen;
- mit der EG über die Modalitäten der Beteiligung, der Information, über finanzielle Garantien sowie über den Haushalt des Forums für 1979 zu verhandeln;
- den Generalsekretär und das übrige Personal des Forums zu ernennen;
- eine Generalversammlung der Jugendorganisationen Europas für Juni 1978 einzuberufen, in der offiziell und endgültig über das Statut und das Personal des Europäischen Jugendforums beschlossen werden soll.

An der Generalversammlung Mitte Dezember 1977 nahmen rund 80 Vertreter der nationalen und internationalen Jugendorganisationen aus Europa teil. Die EG-Kommission war als Beobachter eingeladen. Die Sitzung fand im Geiste guter Zusammenarbeit statt. Alle Teilnehmer bemühten sich, durch Kompromißbereitschaft zu konkreten Ergebnissen zu gelangen. Das Europäische Jugendforum soll den Jugendorganisationen eine Plattform für Stellungnahmen zur Politik der EG bieten. Das Forum wird sich zu so gut wie allen Fragen der Gemeinschaftspolitik aus der Sicht der Jugend äußern können.

Egon C. Heinrich

(-/12.1.1978/vo-he/ca)